

Weg frei für Erweiterung der Biogasanlage

Änderung zum Bebauungsplan „Sondergebiet Regenerative Energien Vogging“ im Gemeinderat beschlossen

Rimbach. Die 1. Änderung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans „Sondergebiet Regenerative Energien Vogging“ ist abgeschlossen. Damit ist der Weg frei für die geplante Erweiterung der Biogasanlage. Zahlreiche Behörden, Fachstellen und Anwohner hatten im Rahmen der Öffentlichkeits- und Trägerbeteiligung Stellungnahmen abgegeben.

„Ich freue mich über so viele Besucher“, so Bürgermeister Otto Fisch zum Auftakt der vergangenen Gemeinderatssitzung. Vor allem die Änderung des Bebauungsplans zum „Sondergebiet Regenerative Energien Vogging“ sorgte für großen Zuhörerandrang. Insgesamt gingen seit der letzten Auslegung wieder mehrere Stellungnahmen der öffentlichen Träger und Behörden sowie der Nachbarschaft ein. Von 19 Behörden und Institutionen gingen keine Stellungnahmen oder ohne Anmerkungen ein.

Eine kritische Stellungnahme

Neben den Hinweisen des Amtes für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, von der Unteren Naturschutzbehörde und des technischen Umweltschutzes des Landratsamtes sowie des Wasserwirtschaftsamt Deggendorf verlasen Bürgermeister Otto Fisch und Elisa Houdelet von der Verwaltung auch vier nachbarschaftlichen Stellungnahmen. Zudem erläuterte Landschaftsarchitekt Florian Breinl aus Reisbach den geänderten Bebauungsplan. Hintergrund ist, dass die Umrüstung auf einen leistungsstärkeren Motor einige Umbauten erfordere. „Im Bebauungsplan



Viel Redebedarf gab es für den neuen Gemeinderat Rimbach mit (von links) Alfred Sedlmeier, Reinhard Hochholzer, Franz Plötz, Hubert Eschbeck, Claudia Geiselhöringer, Magelone Diehl-Zahner, Tobias Weigl, Irene Scharff und Bürgermeister Otto Fisch in der letzten Sitzung zum Tagesordnungspunkt „Sondergebiet Regenerative Energien Vogging“.

– Foto: Hamburger

sind dazu viele gesetzliche Vorgaben geregelt, die der Bauherr einhalten muss“, betonte Breinl.

Kurz zur Historie: Bereits im September 2025 hatte der Gemeinderat die Planänderung mit der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung und Behördenbeteiligung angestoßen. Im Februar 2026 folgten die Abwägungsbeschlüsse zu den ersten Stellungnahmen und die erneute öffentliche Auslegung mit der weiteren Beteiligung der Träger öffentlicher Belange.

Wie schon bei der ausführlichen Behandlung im Februar gab es auch dieses Mal wieder vier Stellungnahmen der Nachbarn. Dieses Mal wurden auch drei eingereicht, die dem Projekt positiv gegenüberstehen. Dazu wurde auch eine gemeinsame Stellungnahme aus der Nachbarschaft, die dem Projekt nach wie vor sehr kritisch gegenüber stehen, eingereicht.

Die Untere Naturschutzbehörde sieht keine grundsätzlichen naturschutzfachlichen Hindernisse. Das Wasserwirtschaftsamt Deggendorf erinnerte an frühere Umweltschäden im Ellbacher Bach und

fordert unter anderem eine strikte Trennung von sauberem und verschmutztem Niederschlagswasser und technische Sicherungen gegen Einträge aus dem Biogasanlagenbereich.

Die Verwaltung betonte, dass diese Vorgaben bereits berücksichtigt seien. Auch der anwesende Projektträger erläuterte, dass nach dem Vorfall 2013 umfangreiche Maßnahmen ausgeführt wurden, um die Sicherheit dauerhaft zu gewährleisten: „Das kann normalerweise nicht mehr passieren!“ Zudem werde die Anlage regelmäßig streng kontrolliert.

Das Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten weist auf strukturelle Herausforderungen wie den steigenden Flächenbedarf hin, hob aber gleichzeitig die Förderung regenerativer Energien als wichtiges landesplanerisches Ziel hervor. Von Seiten des technischen Umweltschutzes hieß es, dass die Genehmigungsfähigkeit gegeben sei, da Grenz- und Richtwerte eingehalten werden. Zudem sei durch die Stilllegung zweier alter Bullenställe die Voraussetzung

für einen neuen Stall gegeben.

In drei Rückmeldungen der Nachbarschaft berichten die Anwohner von kaum wahrnehmbaren Gerüchen oder Geräuschen. Ein Seminarhausbetreiber bestätigte, dass sich auch deren Gäste zu keiner Zeit gestört fühlten. Mehrere Haushalte lobten die zuverlässige Fernwärmeversorgung aus Abwärme der Biogasanlage. Einige Bürger kritisieren die Dramatisierung in den Stellungnahmen zur ersten Auslegung. Zudem sei auch die Verkehrsbelastung überschaubar.

Von den kritischen Anwohnern wird davon ausgegangen, dass das Projekt wohl genehmigt werde. Deshalb wird ein vier Meter hoher Erdwall als Sicht- und Lärmschutz mit Baumbepflanzung, ganzjährig grüner Bepflanzung sowie eine stärkere Einbindung der Anwohner in die Gestaltung gefordert. Hier verwies die Verwaltung auf rechtliche Grenzen. So sei ein frei stehender Wall städtebaulich unerwünscht. Zudem seien auch heimische Laubgehölze vorgeschrie-

ben. Ebenso habe sich die bisherige Bepflanzungsform mit dreireihigen Hecken bewährt. „Es ist alles sehr konkret festgelegt“, betonte auch Breinl. Nach einer weiteren kurzen Diskussion beschloss der Gemeinderat schließlich einstimmig die erste Änderung des Bebauungsplans als Satzung. Damit ist das Verfahren formal abgeschlossen und der Weg für die geplante Erweiterung im Bereich regenerativer Energien ist frei. Als nächste kann der Bauplan eingereicht werden.

Feuerwehrhaus: Planungen gehen voran

Weiter voran geht es auch mit dem Neubau des Feuerwehrgerätehauses. Wie Otto Fisch informierte, hatte der Gemeinderat Ende Mai 2025 der Planung zugestimmt. Daraufhin wurde der Bauantrag beim Landratsamt eingereicht und genehmigt. Im März wurde der Auftrag für die Planung der Leistungsphasen 5 bis 9 an die Planungsgemeinschaft Entholzner-Wick in Kirchdorf am Inn vergeben. Zur Vorstellung waren die Planer nach Rattenbach gekommen und erläuterten dem Gremium die „leicht geänderten Pläne. „Dies wurde im Vorfeld natürlich mit der Feuerwehr abgesprochen“, betonte Bürgermeister Fisch.

Reinhold Entholzner erläuterte kurz, was am Ursprungsplan geändert wurde. So wurde die Deckendichte von 28 Zentimeter auf 22, und die Bodenplatte von 30 auf 25 Zentimeter verringert. „Dadurch kann auf eine Prüfstatik verzichtet werden“, erklärt der Planungsfachmann. Nun werde zwar ein

Tekturantrag notwendig, was, laut Entholzner, aber kein Problem darstelle. Des Weiteren wurde die Aufteilung der Nebenräume etwas übersichtlicher gestaltet und die Fluchtterasse in die Südfassade integriert.

Zudem betonte Otto Fisch noch einmal, dass das neue Gerätehaus für zwei Stellplätze ausgelegt ist, aber um einen dritten erweiterbar sein müsse. „Aber dieser wird nicht gebaut“, so Fisch. Auch die Höhe des Zuschusses der Regierung Niederbayerns steht bereits fest. Laut Bescheid werden für den Bau 336 000 Euro an die Gemeinde überwiesen. Auch wenn Gemeinderat Franz Plötz der Meinung ist, dass der Bau etwas übertrieben sei, erhielt die Planung das einstimmige Votum des Gremiums. Diese wird nun mit der Regierung sowie dem Kreisbrandrat abgestimmt.

In der Gemeinde können künftig 602 Meter mehr Ortsstraße offiziell genutzt werden. Mehrere Straßen und Straßenteilflächen in Unterrohrbach stehen im Rahmen der Verkehrserschließung nun allen Verkehrsarten zur Benutzung offen. „Diese erfüllen somit die Klassifizierungsmerkmale einer Ortsstraße“, erläuterte das Gemeindeoberhaupt. Damit können die Lanz-Leo-Straße mit einer Länge von 205 Metern sowie die Straßenteilflächen „Am Schelmburg“ (236 Meter), die Schelmburgstraße (105 Meter) und „Schelmburg“ (56 Meter) nun auch offiziell zu Ortsstraßen gewidmet werden. Damit übernimmt die Gemeinde Straßenbaulast.

Auch der Neubau eines Einfamilienhauses erhielt das gemeindliche Einvernehmen, allerdings mit einigen Hinweisen. Da das Haus in nächster Nähe zu einer benachbarten Güllegrube liegt, sind die Emissionen zu dulden. Ebenso dürfe die Entwicklung der Landwirtschaft nicht eingeschränkt werden. – chr